



Tamara Bruckner und Julia Müller führten Franz Rieger, Jürgen Mistol und Margit Wild (v. li.) durch eine Ausstellung über Otto Schwerdt. Fotos: Wunderlich

Junge Leute müssen Demokratie lernen

BILDUNG Politiker diskutieren mit Lehrern und Schülern der Otto-Schwerdt-Schule. Es ging um politische Bildung an Mittelschulen mit vielen Migranten.

VON CURD WUNDERLICH, MZ

REGENSBURG. Gerade ist bekannt geworden, dass Sachsen-Anhalts AfD-Landesvorsitzender André Poggenburg in einer WhatsApp-Gruppe die Parole „Deutschland den Deutschen“ geschrieben haben soll, da beschäftigt sich die achte Klasse von Christoph Neudert an der Otto-Schwerdt-Mittelschule in Regensburg mit dem Begriff „Nation“. Wie wird festgelegt, wer welcher Nation angehört? Wie schafft man innerhalb einer Nation ein Zusammengehörigkeitsgefühl? Die Achtklässler im M-Zweig an der Mittelschule in Burgweinting sammeln gemeinsam Merkmale einer Nation – wie sie früher definiert wurde, und was sie noch heute auszeichnet.

Politische Bildung wird an der Schule ein hoher Stellenwert beigemessen. Darüber informierten sich kürzlich die drei hiesigen Landtagsabgeordneten Jürgen Mistol (Bündnis 90/Die Grünen), Franz Rieger (CSU) und Margit Wild (SPD) im Rahmen des sechsten Regensburger Bildungsgesprächs, das an der Otto-Schwerdt-Mittelschule stattfand. Rektorin Birgit Sandmann und ihre Kollegen formulierten bei dem Treffen auch Wünsche, mit denen sie bestehende Hürden in der politischen Wissensvermittlung zu überwinden hoffen.

Politische Prozesse erleben

Heribert Stautner, Schulamtsdirektor für Stadt und Landkreis Regensburg, machte deutlich, warum politische Bildung für Schüler aller Schularten heute unabdingbar sei. „AfD, Brexit, Trump – da überrollen uns Entwicklungen, mit de-

Rektorin Birgit Sandmann und Schulamtsdirektor Heribert Stautner diskutierten mit den Abgeordneten.



Vermittlung von Politikwissen spielt an der Otto-Schwerdt-Mittelschule eine große Rolle. Hier sinnieren Schüler über einen Text zum Begriff „Nation“.

FRAGEN DER SCHÜLER AN DIE POLITIKER

► **Auch die Schüler** konnten den Landtagsabgeordneten Fragen stellen. Zunächst wollten sie wissen, ob die drei schon immer Politiker werden wollten.
 ► **Wild erzählte**, dass sie zunächst Erzieherin gelernt habe. Politikinteressiert sei sie aber schon immer gewesen. Ihre Politik-Laufbahn begann als Stadträtin.
 ► **Mistol sagte**, er habe als Jugendlicher nie gedacht, einmal Politiker zu werden. Er war zunächst Krankenpfleger.
 ► **Rieger bezeichnete** sich als „Quereinsteiger in die Politik“. Auch heute sei er noch als Jurist tätig.

► **Die zweite Frage** der Schüler zielte auf das wichtigste Ziel der Politiker ab.
 ► **Wild erklärte**, sie wünsche sich einen Politikwechsel mit einer starken SPD im Freistaat. Kurz darauf behauptete sie im Gespräch mit Lehrern, Parteipolitik in Schülergesprächen außen vor zu lassen.
 ► **Mistol meinte**, als Grünem seien ihm Umweltmaßnahmen besonders wichtig, zum Beispiel E-Mobilität zu fördern.
 ► **Rieger will daran** arbeiten, „dass Bayern bleibt wie es ist“. Er wünscht sich zudem, dass sich jeder einzelne Bürger einbringen soll.

nen so niemand gerechnet hat, bevor sie eingetreten sind.“ Zunehmende antipluralistische Strömungen bezeichnete er als „Abkehr von einer Grundidee unserer demokratischen Gesellschaft“. Junge Menschen müssten daher lernen, selbst Stellung zu beziehen. Am besten funktioniert das aus seiner Sicht, indem man sie politische Prozesse selbst erleben lasse, beispielsweise bei Klassenwahlen. Rektorin Sandmann

erläuterte im Detail, wie die Schüler an der Otto-Schwerdt-Mittelschule politisch gebildet werden. Mit der Namensgebung sei das Kollegium „eine Verpflichtung eingegangen“, hob sie hervor. Der 2007 in Regensburg verstorbene Otto Schwerdt, langjähriger Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde in der Römerstadt, hatte im Zweiten Weltkrieg das KZ Theresienstadt überlebt. Ziel sei es, dass alle Schüler die Schule als tolerante und politisch mündige Bürger verlassen. Dazu würden im Rahmen des Religions- und Ethikunterrichts beispielsweise mit jedem Schüler eine Moschee und eine Synagoge besucht. Im Rahmen von Planspielen oder auch Berlinfahrten werde zudem Politik praxisnah zu vermitteln versucht. Sand-

mann scheute nicht davor zurück, klar auszusprechen, wo die Probleme liegen: „Wir haben in keiner Klasse mehr weniger als 70 Prozent Schüler mit Migrationshintergrund. Das sind Schüler, die von daheim relativ wenig mitbekommen.“ Es sei eine besondere Herausforderung, Schüler von demokratischen Werten zu überzeugen, wenn diese bei ihnen zu Hause nicht oder kaum gelebt würden. So hätten beispielsweise die Flüchtlinge gerade bei Migrantenkindern Ängste ausgelöst. „Die haben zu Hause halt gehört: ‚Die nehmen uns die Jobs weg!‘“ Wenn man solche Vorurteile aus der Welt schaffen wolle, kämen oft sprachliche Probleme hinzu. Deshalb würden sie und ihre Kollegen sich „ganz realistisch überlegen, wo unsere Schüler im Alltag tatsächlich Verantwortung übernehmen können.“

Lehrer wollen zusätzliche Stunde

In der Stunde, an der die drei heimischen Landtagsabgeordneten im Rahmen des Bildungsgesprächs teilnahmen, wurde die Bedeutung des Begriffs „Nation“ aber von allen verstanden. Die Schüler einigten sich darauf, dass alte Definitionen wohl nicht mehr zeitgemäß seien. Eine gemeinsame Abstammung zum Beispiel sei nicht notwendig, um sich einer gemeinsamen Nation zugehörig zu fühlen. „Es kommt darauf an, dass man sich einbringt und dass man sich wohlfühlt“, brachte es eine Schülerin auf den Punkt. „Wir haben zwar mehrere Nationalitäten, aber wir fühlen uns eine Nation. Wir wollen ja alle das gleiche und werden gleich behandelt“, ergänzte ein Klassenkamerad.

In einer Diskussionsrunde stellten sich die Politiker den Forderungen der Lehrer. Als wichtiger Punkt kristallisierte sich der Wunsch nach einer zusätzlichen Schulstunde pro Woche für politische Bildung und Werteerziehung an Mittelschulen heraus. CSU-Mann Rieger verwies darauf, dass im Zuge der G9-Reform an den Gymnasien auch über Reformen an den anderen Schularten debattiert werden könne. Margit Wild widersprach: „Zu einer zusätzlichen Stunde führt kein Weg hin“, ist sie überzeugt. Dahingehende Anträge ihrer SPD-Fraktion und der Grünen hätten im Bildungsausschuss im Landtag bislang nie zu etwas geführt.